

Kommunalwahl Münster 2020 – Sieben Fragen an die Parteien

Das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung Münster hat sich im Dezember 2017 gegründet, um sich für einen sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruch einzusetzen. Neben der problematischen gesetzlichen Lage gibt es auch lokal Handlungsbedarf. So besteht in Münster eine prekäre Versorgungssituation für ungewollt Schwangere. Zudem gibt es wiederkehrende öffentliche Auftritte und Aktionen fundamentalistischer Abtreibungsgegner*innen, die ungewollt Schwangere psychischem Druck aussetzen, um sie von ihrem Abbruch abzuhalten.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen am 13. September 2020 hat das Bündnis sieben Fragenkomplexe an die Politik formuliert (CDU, SPD, Grüne, FDP, Linke, Piraten, ÖDP, Volt, Münsterliste). Im Bündnis selbst sind die Parteien Die Linke, SPD, Die Grünen und Die Partei vertreten. Auch VOLT hat sich im Bündnis eingebracht, schickte aber keine Antworten, da die Partei diese Themen nicht mit der Bundes-Partei abgestimmt hat.

Die sieben Fragen sind:

1. In Münster gibt es jedes Jahr Demonstrationen von radikalen Abtreibungsgegner*innen, auf denen eine verstärkte Kriminalisierung von Schwangeren gefordert wird, die sich für einen Abbruch entscheiden. Wie stehen Sie zur Entscheidungsfreiheit von ungewollt Schwangeren über die Fortsetzung einer Schwangerschaft in den ersten 12 Wochen?
2. Vor zwei Jahren drohte es für kurze Zeit keine Praxis in Münster zu geben, in der Schwangerschaftsabbrüche nach Beratungsregel angeboten wurden. Welche Maßnahmen streben Sie an, um einer erneuten prekären Versorgungslage für ungewollt Schwangere vorzubeugen?
3. Wie möchten Sie der Stigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in Münster begegnen?
4. Wie wollen Sie das Beratungsangebot und die öffentliche Aufklärung über reproduktive Rechte, sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten unterstützen und weiterentwickeln?
5. Wie werden Sie dafür eintreten, dass flächendeckend Geburtshäuser, bzw. Geburtskliniken vorgehalten werden, und die Hebammenversorgung sichergestellt ist?
6. Was wollen Sie unternehmen, um Eltern in schwierigen Lebenslagen, insbesondere Alleinerziehende, sozial und ökonomisch stärker zu unterstützen?
7. Was wollen Sie unternehmen, damit es ausreichend Plätze in Frauenhäusern gibt und wie wollen Sie diese ausreichend finanzieren? Wie wollen Sie ein ausreichendes Beratungsangebot zu häuslicher Gewalt sicherstellen?

1. In Münster gibt es jedes Jahr Demonstrationen von radikalen Abtreibungsgegner*innen, auf denen eine verstärkte Kriminalisierung von Schwangeren gefordert wird, die sich für einen Abbruch entscheiden. Wie stehen Sie zur Entscheidungsfreiheit von ungewollt Schwangeren über die Fortsetzung einer Schwangerschaft in den ersten 12 Wochen?

DIE LINKE.

Als LINKE sind wir ganz klar für sexuelle Selbstbestimmung und Entscheidungsfreiheit darüber eine Schwangerschaft fortzuführen oder abzuberechnen. Wir setzen uns daher für eine Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruches und die Abschaffung der §§ 218 und 219 aus dem Strafgesetzbuch ein. Wir finden es unhaltbar, dass die momentane Rechtslage radikalen Abtreibungsgegner*innen die Möglichkeit bietet, Ärzt*innen zu schikanieren, die Schwangerschaftsabbrüche anbieten. Die aktuelle Rechtslage ist einer der Hauptgründe für die prekäre Versorgungslage und muss daher dringend reformiert werden.



Wir setzen uns für das Selbstbestimmungsrecht von Schwangeren und gegen die Kriminalisierung von Menschen ein, die sich gegen eine Schwangerschaft entscheiden oder einen Schwangerschaftsabbruch durchführen. Die Entscheidung über das eigene Leben und die eigene Zukunft muss in der eigenen Hand bleiben.

Wir fordern auf Bundesebene die Streichung der Paragraphen 218 und 219 aus dem Strafgesetzbuch. Wir fordern insbesondere, dass Gynäkolog*innen über Abtreibungen in ihrer Praxis und die entsprechenden Methoden informieren können, ohne kriminalisiert zu werden.



Wir als SPD Münster sind von Anfang an beim Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung dabei, denn die sexuelle Selbstbestimmung von Schwangeren ist für uns nicht nur ein Lippenbekenntnis. Für uns ist klar: Wir fordern die Streichung des §219a aus dem StGB. Jede schwangere Person sollte selbst entscheiden dürfen, ob sie ihre Schwangerschaft abbrechen möchte und wenn ja, wie dies geschehen soll.



Die PIRATEN sind für die Abschaffung des § 218 StGB: Innerhalb der ersten 12 Wochen muss ein Schwangerschaftsabbruch ohne Angaben von Gründen nicht nur straffrei, sondern auch legal sein. Die Piratenpartei Münster unterstützt daher alljährlich die Gegendemonstration zu dem absurden „1000 Kreuzemarsch“ fundamentalistischer Christen in Münster. Wir treten immer und überall der diffamierenden Darstellung von Schwangerschaftsabbrüchen und den Versuchen, Betroffene, sowie Ärztinnen und Ärzte zu kriminalisieren, entschieden entgegen.



Jede Schwangere sollte sich, wenn sie die Schwangerschaft nicht austragen will/kann, innerhalb der ersten zwölf Schwangerschaftswochen – nach Beratung – frei für einen sicheren Schwangerschaftsabbruch entscheiden können. Mit der aktuellen Rechtslage können wir grundsätzlich leben. Allerdings ist die derzeitige Situation nicht zufriedenstellend. Etwas mit Haftstrafen bis zu drei Jahren zu belegen, aber es in der Praxis nicht zu verfolgen, ist ein Zustand, der zukünftig durch Aufhebung des Paragraphen beseitigt werden muss.



Eine Kriminalisierung von Schwangeren, die sich für einen Abbruch entscheiden, ist für die ÖDP Münster nicht tragbar. Weder entspricht dies den allgemeinen Menschenrechten, noch führt eine Stigmatisierung in praxi zu einem vernünftigen Umgang mit Schwangerschaftsabbrüchen. Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung ist ein hohes und in seiner Existenzberechtigung indiskutables Gut. Weiterhin gibt es zahlreiche individuelle Schicksale und Konstellationen, die eine freie Entscheidung zum Schwangerschaftsabbruch bei ungewollter Schwangerschaft unmittelbar einsichtig machen (Vergewaltigung, gesundheitliche Gefahren, Schwangerschaft Minderjähriger, schwere persönliche Überforderung etc.). Die individuellen Gründe sind vielfältig und lassen sich – vor allem wegen der Intimität des Themas – nicht grundsätzlich entscheiden.

Dennoch ist auch der Schutz ungeborenen Lebens ein Gut, dessen wir uns verpflichtet fühlen. Zusätzlich sind auch die möglichen Gewissenskonflikte bei der Mutter und im Falle einer Partnerschaft des Vaters wichtige ethische Größen. Deswegen vertritt die ÖDP Münster die Position, dass Schwangerschaftsabbrüche möglichst letztes Mittel bleiben sollten. Ethisch stehen hier mehrere Güter gegenüber, die nur im Einzelfall miteinander in vollständigen Einklang gebracht werden können. Deswegen halten wir die aktuelle Rechtslage für angemessen. Besseren Schutz von Frauen vor sexuellen Übergriffen, eine gute Sexualaufklärung und eine umfassende, nicht wertende Beratung vor einem Abbruch halten wir für wünschenswert, um die Zahl der Abbrüche so gering wie möglich zu halten und gleichzeitig die sexuelle Selbstbestimmung zu achten.



Die Paragraphen 218 und 219 des StGB regeln eindeutig, wie in Deutschland das Thema Schwangerschaftsabbruch zu behandeln ist. Als FDP fordern wir eine Abschaffung des § 219a und bekennen uns ausdrücklich zu den Freiheitsrechten der (ungewollt) Schwangeren. Dass es darüber hinaus immer Menschen geben wird, die aufgrund religiöser oder ethischer Überzeugungen mit dieser Lösung nicht gut leben können, muss anerkannt werden. Auch sie können im Rahmen der Meinungsfreiheit ihre Überzeugungen – etwa in den genannten Demonstrationen – darstellen. Wir begrüßen die Gegendemonstrationen des Bündnisses.



Diese Frage lässt sich in Bezug auf die Kommunalwahl nicht beantworten, weil der Rat der Stadt Münster dazu keine Entscheidungskompetenzen hat.



Alternativ zu einem selbstbestimmten Umgang mit dem weiblichen Körper, bieten wir den Kompromiss an, bei Kinderwunsch die männliche Prostata durch eine Gebärmutter zu ersetzen. Selbstverständlich zum Selbstkostenpreis und gesetzlich geregelt. Es darf keinerlei Werbung stattfinden, wo diese Prozedur vollzogen werden kann, allerdings wird die Transplantation für alle männlichen „Tausendkreuzfanatiker“ ab sofort verpflichtend. Da uns bewusst ist, wie unangenehm die aushorchenden Gespräche im Vorfeld sind, fallen diese weg. Die PARTEI KV Münster möchte so erreichen, dass eine gesunde Männlichkeit in Form einer möglichen Schwangerschaft gestärkt wird. Außerdem setzt sich Die PARTEI KV Münster für die postnatale Abtreibung von Abtreibungsgegnern ein.

2. Vor zwei Jahren drohte es für kurze Zeit keine Praxis in Münster zu geben, in der Schwangerschaftsabbrüche nach Beratungsregel angeboten wurden. Welche Maßnahmen streben Sie an, um einer erneuten prekären Versorgungslage für ungewollt Schwangere vorzubeugen?

DIE LINKE.

Das geringe Angebot hängt eng mit der Stigmatisierung des Schwangerschaftsabbruches zusammen, daher kämpfen wir als LINKE auf allen Ebenen für eine Entstigmatisierung dieses wichtigen Themas. Auf Bundesebene setzen wir uns daher für eine Entkriminalisierung ein. Auf lokaler Ebene wollen wir, dass die Stadt Münster sich dafür einsetzt, dass mehr Frauenärzt*innen Schwangerschaftsabbrüche vornehmen und, dass die Stadt sich beim Land NRW dafür einsetzt, dass in der Universitätsklinik in Zukunft Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden, um die Versorgungslage in Münster zu sichern.



Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die Stadt Münster auf allen Ebenen darauf hinwirkt, dass ungewollt Schwangeren ein bedarfsgerechtes Angebot an Möglichkeiten für einen ambulanten Schwangerschaftsabbruch vor Ort zur Verfügung steht. Die Stadt muss zugleich dafür sorgen, dass gynäkologische Praxen vor Angriffen geschützt sind.

Noch immer ist es in keiner Klinik in Münster möglich, eine Abtreibung durchführen zu lassen. Die Verantwortung können nicht die Praxen allein tragen. An das UKM haben wir erneut die Forderung gerichtet, Schwangerschaftsabbrüche in den Leistungskatalog aufzunehmen. Dies ist die Aufgabe einer Klinik, die eine Maximalversorgung anbietet.



Uns ist bewusst, dass die Forderung nach einer Änderung der Gesetzeslage auf Bundesebene nicht unbedingt ausreicht, um die momentan untragbare Situation hier bei uns in Münster zu verbessern. Deshalb möchten wir, dass die Kommune Verantwortung übernimmt und die Lücken, die den stigmatisierenden Abtreibungsparagrafen zu schulden sind, schließt. Wir setzen uns deshalb für eine verlässliche und bedarfsgerechte Infrastruktur für die Beratung und die Abbrüche ein.



Generell treten die PIRATEN für die komplette Abschaffung des §219a StGB ein: Dieser Paragraph stellt nicht nur ein Werbe-, sondern auch ein Informationsverbot zu Schwangerschaftsabbrüchen dar. Jede Frau hat ein Recht sich umfangreich informieren zu können, wer Schwangerschaftsabbrüche vornimmt und welche Methoden angewendet werden können. Wissenschaftlich fundierte Fakten, Grundlagen über die Abläufe, mögliche Folgen und Konsequenzen für sämtliche Fälle – all dies möchte jemand, der schwanger ist, auch ohne ein Beratungsgespräch, das oftmals wie eine Pflichtveranstaltung wirkt, online in Erfahrung bringen.



Beratungsstellen sollen Informationen weitergeben dürfen, damit Schwangere wissen, wo sie eine Abtreibung ohne Gefahr für ihre eigene Gesundheit durchführen lassen können. Keine Ärztin / kein Arzt kann gezwungen werden, einen Abbruch vorzunehmen.



Schwangerschaftsabbrüche dürfen, wenn sie durchgeführt werden, nur unter kontrollierten Bedingungen und nur von gut ausgebildeten Ärzten und Ärztinnen durchgeführt werden. Zusätzlich sollte dies vor Ort möglich sein. Dies verhindert Abbrüche auf eigene Initiative und eine Odyssee betroffener Frauen. Hier muss die Stadt Kontakt zu Fachgruppen und Initiativen aufbauen und engen Kontakt zur Kassenärztlichen Vereinigung aufrechterhalten, um das Betreuungsangebot sicherzustellen. Sollte es vor Ort keine entsprechende ärztliche Betreuung geben, muss die Stadt intervenieren.



Münster hat kein kommunales Krankenhaus, und auch nicht die Möglichkeit, Praxen an Ärzte zu vergeben – für deren Niederlassung ist die Kassenärztliche Vereinigung zuständig. Durch die finanzielle Unterstützung der Beratungsstellen, die in engem Kontakt mit den entsprechenden Ärzten stehen, hilft die Stadt, das entsprechende Angebot aufrecht zu erhalten. Diese finanzielle Unterstützung muss dringend erhalten bleiben. Dort sollte jede ungewollt Schwangere auf eine Ärztin/einen Arzt hingewiesen werden, die/der Abbrüche vornimmt.

CDU

Diese Frage lässt sich in Bezug auf die Kommunalwahl nicht beantworten, weil der Rat der Stadt Münster dazu keine Entscheidungskompetenzen hat.

Die PARTEI

Die PARTEI KV Münster bietet kostenlose Drahtkleiderbügel und einen Onlinekurs an. Onlinekurse sind ja dank Corona gerade im Trend.

3. Wie möchten Sie der Stigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in Münster begegnen?

DIE LINKE.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt – ähnlich zu Kampagnen zum gewissenhaften Umgang mit Alkohol – auch öffentliche Aufklärungs- und Informationskampagnen zu Themen wie Schwangerschaftsabbrüchen durchführt. Außerdem unterstützen wir als LINKE natürlich die jährlichen Proteste gegen die radikalen Abtreibungsgegner*innen und gegen ihren 1000-Kreuz- Marsch. Denn ein lautstarkes und deutliches Zeichen für sexuelle Selbstbestimmung aus der Mehrheit der Zivilgesellschaft ist ein wichtiges Signal um der Stigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen entgegen zu wirken.



Wir machen uns weiterhin für Strukturen stark, die eine Versorgungssicherheit bei Schwangerschaftsabbrüchen garantieren. Der Kriminalisierung und Stigmatisierung können wir entgegentreten, wenn Abbrüche an vielen Orten und nicht nur in einzelnen wenigen Praxen möglich sind. Wir unterstützen die Arbeit des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung und wollen gemeinsam mit den lokalen Akteur*innen und Netzwerkpartner*innen weitere Ideen und Strategien entwickeln.



Auch in Zukunft wollen wir alles dafür tun, damit fundamentale Abtreibungsgegner*innen nicht die Oberhand im Diskurs um Schwangerschaftsabbrüche gewinnen. Deshalb bringen wir uns im Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung ein. Darüber hinaus finden wir, dass kommunale Gelder in die Hand genommen werden müssen um Beratungs- sowie Aufklärungsprogramme zu finanzieren. Grundlegende Belange der sexuellen Selbstbestimmung dürfen dabei nicht nur ein „nice to have“, sondern müssen Selbstverständlichkeit sein.



Ein Problem gerade in Münster ist es, dass es nur ein Krankenhaus (Uniklinik) in öffentlicher Hand gibt. Die vielen konfessionellen Krankenhäuser sind bei diesem Thema natürlich Apologeten eines rückwärtsgewandten und dogmatischen Denkens. Als säkulare Partei wünschen wir uns weniger konfessionelle Kitas, Schulen und Krankenhäuser, da diese anachronistische Denk- und Handlungsweisen fördern. Zum anderen sollte man – wie oben bereits gesagt – entschieden fundamentalistischen und frauenfeindlichen Veranstaltungen lautstark entgegentreten.



Wir gehen davon aus, dass sich keine Frau die Entscheidung zur Abtreibung leicht macht. Menschen, die sich zur Abtreibung entschließen, muss man mit Respekt begegnen und ihre Entscheidung muss toleriert werden. Durch aktive Öffentlichkeitsarbeit – auch durch die Stadt Münster – muss der Stigmatisierung von Frauen (und Männern), die sich zu einer Abtreibung entschließen, entgegengewirkt werden.



Es ist notwendig, dass ein öffentliches Bewusstsein dafür geschaffen wird, dass persönliche Notlagen Schwangerschaftsabbrüche unausweichlich erscheinen lassen oder zur Verhinderung der Schädigung des Individuums nahezu unausweichlich machen. Darüber kann und darf niemand richten. Gerade als Partei, die der hohen Zahl an Schwangerschaftsabbrüchen an sich kritisch gegenübersteht, können wir deutlich machen, dass Schwangerschaftsabbrüche aus unserer Sicht nicht wünschenswert sind, aber in gewisser Weise notwendig sein können. In diesem Sinne wollen wir auch im öffentlichen Umgang weder die Stigmatisierung von Schwangeren, die einen Abbruch durchführen, noch eine komplett unkritische Haltung gegenüber Abbrüchen wahren. Wir denken, dass keine Tabuisierung stattfinden darf und das moralische Dilemma in öffentlichem Diskurs geklärt wird. Ziel muss sein, dass Menschen individuell Schwangerschaftsabbrüche ablehnen können und dürfen, ohne übergriffig in die sexuelle Selbstbestimmung anderer Menschen einzugreifen.



Ansinnen der Freien Demokraten ist es stets, Freiheits-, Persönlichkeits- und Selbstbestimmungsrechte zu verteidigen. Wir stehen an der Seite der Frauen, die sich in einem höchst intimen Prozess zu einem Schwangerschaftsabbruch entscheiden. Als Partei wollen wir in die Stadtgesellschaft hineinwirken, um die Stigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen zu beenden. In der Kommunalpolitik kann dies bspw. über die Förderung von Projekten in politischer Arbeit passieren.

CDU

Die CDU tritt gegen jede Form von Stigmatisierung ein. In der Frage des Schwangerschaftsabbruches gilt es, die Interessen des ungeborenen Lebens gegen die der schwangeren Frau abzuwägen. Wir unterstützen deshalb seit vielen Jahren den Ausbau des Beratungs- und Hilfeangebotes für schwangere Frauen, damit jede Frau die für sich richtige Entscheidung treffen kann. In Münster gibt es hierzu eine Vierfalt an Beratungsstellen, die wir regelmäßig finanziell unterstützen – sei es von kirchlichen Trägern, sei es von städtischer oder anderer nichtreligiöser Seite.

Die PARTEI

Wir fordern: Mach keinen Scheiß mit deinem Kreuz! Wer es mit dem Kreuz hat, muss zum Orthopäden. Wer ungewollt schwanger ist, muss legal abtreiben dürfen.

4. Wie wollen Sie das Beratungsangebot und die öffentliche Aufklärung über reproduktive Rechte, sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten unterstützen und weiterentwickeln?

DIE LINKE.

Soziale Bewegungen und Selbstermächtigungserfahrungen haben unserer Meinung nach einen unerlässlichen Anteil daran, Aufklärung über sexuelle Orientierung und reproduktive Rechte voran zu bringen. Daher halten wir auch die Arbeit des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung für unglaublich wichtig und werden diese weiterhin unterstützen. Zusätzlich setzen wir uns für städtische Aufklärungs- und Informationskampagnen, bessere finanzielle und personelle Ausstattung von Beratungsstellen sowie gezielte Schulsozialarbeit ein, um starre Geschlechterrollen und damit verbundene Diskriminierung abzubauen.



Wir fordern einen Aktionsplan LSBTIQ* für Münster, um insbesondere das Thema sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten stärker zu besetzen. In der auslaufenden Wahlperiode haben wir erreicht, dass im Amt für Gleichstellung eine Stelle geschaffen wurde, die sich explizit der LSBTIQ*-Arbeit in Münster widmet. 2020 haben wir erstmals die Förderung von Beratungsangeboten für trans*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen in den Haushalt der Stadt Münster aufgenommen. Dabei fördern wir insbesondere auch die Selbsthilfeinitiativen und Angebote für Jugendliche und junge Menschen – explizit auch für geflüchtete junge Menschen.



Wir wollen städtische Beratungsangebote für Menschen jenseits der binären Geschlechtseinteilung sowie Schulungen für städtische Mitarbeiter*innen für diese Thematik etablieren. Außerdem wollen wir unter Einbezug der Zivilgesellschaft und Beratungseinrichtungen einen Aktionsplan zum Thema Queerpolitik erarbeiten.



Wir haben das Ziel, dass Kinder und Jugendliche über plurale Lebensentwürfe, sexuelle Ausrichtungen und Identitäten aufgeklärt werden. Sie sollen sich selbst und anderen Wertschätzung entgegenbringen und zu selbstbestimmten Persönlichkeiten heranwachsen. Da der Bereich ‚Akzeptanz sexueller Vielfalt‘ im Unterricht nur freiwillig angesprochen wird und es noch für viele Lehrkräfte ein schwieriges Thema ist, wird es nur selten in der Schule behandelt. Unsere Vision ist eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung und Homo- und Transphobie, deshalb unterstützen wir alle Aufklärungsprojekte, auch vor allem solche die sich an queere Jugendliche wenden.



Wir befürworten Aufklärung über Liebe und Partnerschaft von der Kita an und unterstützen aufsuchende sexualpädagogische Beratung in den Schulen. Beratungsstellen für Familie und Partnerschaft sollten, soweit kommunal möglich, finanziell unterstützt werden, um ihr Angebot personell in ausreichender Stärke und Qualität vorzuhalten.



Öffentliche Beratungsangebote und das Engagement von Vereinen und Initiativen, die allgemeine Qualitätsstandards erfüllen, müssen gefördert werden. Im Idealfall gibt es Landesmittel dafür. Sollten diese nicht ausreichen, muss die Kommune helfend einspringen. Die Freiheit in der sexuellen Orientierung ist ein Menschenrecht. Eine sachliche Aufklärung, die Hilfestellung in individuellen (psychischen) Notlagen und eine vertrauensvolle Umgebung, wie sie durch Hilfs- und Beratungsangebote geschaffen werden muss, ist dafür unabdingbar. Dazu kann die Stadt beispielsweise adäquate Räumlichkeiten zur Verfügung stellen oder diese vermitteln. Beim Besuch im KCM Schwulenzentrum und bei TIMS konnten wir uns in den letzten Wochen über die individuellen Werdegeschichten, Probleme und Herausforderungen von Homosexuellen und Transmenschen informieren. Auch im Bezug auf reproduktive Rechte sehen wir Gesprächsbedarf und freuen uns, mit Initiativen und Bündnissen inhaltlich zu diskutieren bzw. aus deren Perspektive notwendige Maßnahmen erläutern zu lassen. Daraus lassen sich dann Förderungs- und Handlungsbedarfe für die Kommune ableiten. Gerade weil wir sexuelle Selbstbestimmung achten und ungeborenes Leben für sehr schützenswert erachten sowie eine geringe Schwangerschaftsabbruchszahl für wünschenswert halten, stehen wir selbst als Menschen in einem moralischen Zwiespalt. Um politisch ausgewogene Entscheidungen zu treffen, ist hier ein hohes Maß an Diskussion notwendig. Im Zweifel gilt für uns aber immer das menschenrechtlich verankerte Recht auf Selbstbestimmung und Schadensabwendung.



Die gesellschaftliche und politische Akzeptanz der vielfältigen geschlechtlichen und sexuellen Identitäten ist auch in Deutschland noch lange keine Selbstverständlichkeit. In unserem Grundsatzprogramm heißt es, dass allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden muss. Die finanzielle Unterstützung der Beratungsstellen durch die Kommune ist ein Weg, damit sie ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen können. Der Dialog zwischen Fachleuten und der Politik soll im Übrigen verstärkt werden. Toleranz sehr weit oben auf unserer Agenda zu tragen, gehört zum Selbstverständnis der FDP.



Wir stehen in ständigem Dialog mit den entsprechenden Beratungsstellen und fördern diese regelmäßig über den städtischen Haushalt. Wünschenswert aus unserer Sicht ist eine gute Zusammenarbeit und Kompetenzbündelung der diversen Beratungsstelle untereinander, damit die Menschen, die Hilfe suchen, sich besser orientieren können.



Wenn Die PARTEI KV Münster die Antwort auf Frage 1 durchgesetzt bekommt, klärt sich die Sache von alleine. Bis dahin empfehlen wir allen Praxen, die eine Abtreibung durchführen, das Symbol eines durchgestrichenen Säuglings auf ihrer Homepage anzubringen. Alternativ wäre auch der Hinweis „Sparen Sie bares Geld!“ ohne weitere Erklärung denkbar. Sowas spricht sich schnell rum.

5. Wie werden Sie dafür eintreten, dass flächendeckend Geburtshäuser, bzw. Geburtskliniken vorgehalten werden, und die Hebammenversorgung sichergestellt ist?

DIE LINKE.

Gesundheitsversorgung ist aus Sicht der LINKEN eine elementare Aufgabe der öffentlichen Daseinsfürsorge, daher stellen wir uns konsequent gegen Kommerzialisierung und Privatisierung in diesem Bereich. Denn genau diese Kommerzialisierung ist Grund dafür, dass zusehends Leistungen wegfallen, die aus dieser Sichtweise heraus „unprofitabel“ sind. Bei Hebammen muss sichergestellt sein, dass es gute Arbeitsbedingungen gibt und sie für ihre wichtige Arbeit gut und angemessen bezahlt werden. Leider hatte die bisherige Gesetzgebung hier den gegenteiligen Effekt, das möchten wir auf allen Ebenen ändern.



Mit einem „Runden Tisch Geburtshilfe“ wollen wir Versorgungslücken aufdecken und beheben. Wir wollen dabei insbesondere auch die Bedarfe von Familien mit besonderen Herausforderungen in den Blick nehmen: alleinerziehende Familien, Familien mit Fluchterfahrung, Familien mit Sprachbarrieren sowie Familien mit einem Elternteil mit Behinderung oder wenn ein Kind mit einer Behinderung erwartet wird.

Die Hebammenausbildung steht mit der geplanten Akademisierung vor einem Umbruch. Das Land NRW will 300 Studienplätze schaffen. Noch gibt es allerdings keine Finanzierungszusagen des Landes, was in Münster aktuell dazu führt, dass bislang keine der münsterschen Hochschulen in die konkrete Planung eines Studiengangs eingestiegen ist. Auf Landesebene drängen wir auf konkrete Finanzierungszusagen, damit die Hochschulen Planungssicherheit haben.



Ein großes Problem stellt in unseren Augen der Pflegemangel dar, der auch hier in Münster zu spüren ist. Deshalb wollen wir eine Pflegeausbildungskonferenz etablieren, welche die Ausbildung in Pflegeberufen stärken soll.



Die PIRATEN unterstützen die Eckpunkte für ein Geburtshilfe-Stärkungsgesetz des Deutschen Hebammen Verbands: Höherer Betreuungsschlüssel für Gebärende, durch Personalaufstockung und finanzielle Maßnahmen; ambulante geburtshilfliche Notfallversorgung für Schwangere verbessern; Fehler reduzieren und interprofessionelle Zusammenarbeit in der Geburtshilfe verbessern; das volle Hebammenpotential nutzen und nicht für fachfremde Hilfstätigkeiten abziehen.



Wir begrüßen die Wahlfreiheit werdender Eltern für den Ort, an dem ihre Kinder geboren werden. Wir fordern genügend Hebammen für jeden Stadtteil, die von der Stadt Münster ggf. mitfinanziert werden. Ihnen sollen Kultur-/Sprachmittler*innen zur Seite gestellt werden, damit sich Frauen und Männer mit Migrationsvorgeschichte in der Schwangerschaft sowie während und nach der Geburt gut aufgehoben fühlen. Schwangerschaft und Geburt, insofern diese ohne Komplikationen und besondere Risiken verläuft, sind keine Krankheiten. Deshalb sollten alle Frauen die Möglichkeit haben, statt in ein Krankenhaus ein Geburtshaus – möglichst in ihrem Stadtteil – aufsuchen zu können. Geburtshäuser halten wir für einen Teil der Daseinsvorsorge, weshalb sie grundsätzlich von der Allgemeinheit finanziert werden sollten. Für die Trägerschaft der Häuser kommen nach unserem Konzept „Kommune selbst verwalten“ zuallererst die Hebammen und auch ärztliche Geburtshelfer*innen in Frage.



Da diese Leistungen zum größten Teil nicht in kommunaler Hand bzw. Finanzierung liegen, ist es hier schwierig, als Kommunalpolitiker*innen Einfluss zu nehmen. Langfristig ist sicherlich zu überlegen, inwieweit die wichtigen Leistungen kommunalisiert werden können. Die Stadt sollte allerdings alle rechtlich möglichen Einflüsse nehmen, um die Versorgung mit Geburtshilfe zu sichern und zu stärken. Dies kann, wenn es kommunal nicht zu regeln ist, über den Städtetag forciert werden. Im Bedarfsfall sollte die Stadt aber selbstverständlich moderierend wirken und Bedarfe erkennen und Lösungen einfordern. Ggf. notwendige und kommunalrechtlich mögliche Zuschüsse sollten geprüft werden. Die Einrichtung von Geburtshäusern in städtischen Immobilien zu günstigeren Mietkonditionen streben wir kurz- und mittelfristig an.



Über den Erhalt oder Neubau von Geburtskliniken entscheidet das Land. In engem Kontakt mit der Landtagsfraktion können die Freien Demokraten in Münster allerdings auftretende örtliche Probleme schildern und die Abgeordneten entsprechend vehement informieren, um Unterstützung einzuwerben.

CDU

Münster verfügt über seine breit aufgestellte Infrastruktur über eine gute Abdeckung mit Geburtskliniken bzw. –haus. Auch für komplizierte Fälle und Frühgeburten ist der Gesundheitsstandort Münster gut aufgestellt. Die Hebammenversorgung ist tatsächlich eine große Herausforderung: Die CDU setzt sich deshalb auf Landesebene dafür ein, dass ein Studiengang an die münsterischen Hochschulen angedockt wird. Münster kommt als Gesundheits- und Hochschulstandort für einen solchen Studiengang gut in Betracht. Denn in Münster entbinden jedes Jahr rund 6.200 Frauen, davon sind etwa die Hälfte aus dem Umland. Trotzdem es gibt einen erheblichen Mangel an Hebammen zur vor- und nachgeburtlichen Betreuung mit monatelangen, oft erfolglosen Wartelisten. Wenn wir die Hebammen künftig nicht in Münster ausbilden können, wird sich diese negative Entwicklung noch ausweiten. Alle Regierungsbezirke außer Münster haben nach Auskunft der Verwaltung bereits Interesse an einer solchen Hochschule bekundet. Wir werden mit den Hochschulen das Gespräch suchen. Münsters Familien brauchen eine zuverlässige Versorgung mit Hebammen.

Die PARTEI

Auch dies wird sich mit der Umsetzung einer zwangsweisen Gebärmuttertransplantation in den Mann von selbst erledigen.

6. Was wollen Sie unternehmen, um Eltern in schwierigen Lebenslagen, insbesondere Alleinerziehende, sozial und ökonomisch stärker zu unterstützen?

DIE LINKE.

Wir setzen uns für einen deutlichen Ausbau der Kitas in Münster ein, damit endlich wirklich alle Kinder einen Kitaplatz bekommen, die diesen benötigen. Wir sind dafür, dass die Kitabeiträge abgeschafft werden und Erzieher*innen besser bezahlt werden. Außerdem möchten wir, dass soziale Teilhabe nicht vom Geldbeutel abhängt: Wir wollen, dass für Menschen mit geringen Einkommen und deren Kinder die Teilnahme an Musikkursen, der Eintritt in Museen, Schwimmbäder, Büchereien, Freizeiteinrichtungen, etc. im Rahmen des Münsteraner Sozialtickets – des Münster-Passes – kostenlos wird.



Alleinerziehende Eltern brauchen vor allem verlässliche Betreuungsangebote für ihre Kinder. Unser Ziel ist, die Versorgungsquote im U3-Bereich auf mindestens 60 Prozent und im Ü3-Bereich auf 108 Prozent zu steigern. Wir wollen den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz im Primarbereich zeitnah umsetzen. Ein besseres Angebot für die Randzeiten und die Ferienbetreuung von Kindern muss ergänzend hinzukommen. Neben dem quantitativen Ausbau machen wir uns ebenfalls für eine qualitative Weiterentwicklung stark. Um Menschen in prekären Lebensverhältnissen in kurzfristigen finanziellen Notlagen zu entlasten, wollen wir einen Hilfsfonds (vergleichbar dem städtischen Sonderfonds „Hilfen für Schwangere und junge Mütter“) etablieren. Eine solche Leistung kann allerdings kein Ersatz für Leistungen durch den Bund sein. Beratungsstellen und Unterstützungsangebote in den Stadtteilen ausbauen und mehr aufsuchende Beratungs- und Unterstützungsarbeit etablieren.



Wir setzen uns für den konsequenten Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder im gesamten Stadtgebiet ein. Unser Ziel ist dabei, dass die Betreuung kostenlos in Anspruch genommen werden kann. Auch für die flächendeckende Betreuung nach der Schule setzen wir uns ein. Außerdem wollen wir eine fallbezogene, individuelle Jugendhilfearbeit mit festen Ansprechpartner*innen etablieren, sowie die Erreichbarkeit des Bildungs- und Teilhabepakets für benachteiligte Kinder und Jugendliche auswerten und für einen einfacheren Abruf der Mittel sorgen.



Minderjährige, die aus kinderreichen Familien oder aus Familien von Alleinerziehenden stammen, sind am stärksten von Kinderarmut betroffen. Sie fängt nicht erst an, wenn es ihnen am Nötigsten fehlt, sondern auch wenn Kinder und Jugendliche aus finanziellen Gründen nicht mehr am gesellschaftlichen Leben wie beim Sport, an Schulveranstaltungen, Ausflügen oder Festen usw. teilzunehmen. Daher fordern die PIRATEN seit Jahren als Einzige bundespolitisch ein bedingungslosen Grundeinkommen und landespolitisch eine einkommens- und bedarfsorientierten Kindergrundsicherung. Auf kommunaler Ebene fordern die PIRATEN den Bau preiswerter Wohnungen durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft und die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen durch vielfältige Angebote und finanzielle Hilfe.



Bereitstellung niederschwelliger Beratungsangebote – leicht zugänglich, in verschiedenen Sprachen – im Sinne von Begegnungszentren für alle. Beschäftigung gut bezahlter Sozialarbeiter*innen in ausreichender Zahl. Wir hätten gern einen städtischen Fonds, der Eltern in schwierigen Lebenslagen mit Krediten beziehungsweise bei geringem oder keinem Einkommen oder Vermögen mit Zuschüssen unterstützt.



Sozialarbeit und psychologische Hilfestellung sind in fast allen Lebensbereichen unterversorgt. Auch hier gilt es, trotz angespannter Haushaltslage langfristig ausreichende Stellenzahlen zu erhalten bzw. zu schaffen, damit Eltern und Alleinerziehende in schwierigen Lebenslagen zeitnah entlastet werden können. Allgemein muss die Stadt niederschwellige Beratungsangebote und Hilfsangebote ausbauen. Kitaplätze müssen nach Bedarf in ausreichender Zahl vorhanden und bezahlbar sein. Die Stadt als Arbeitgeberin sollte Arbeitszeitmodelle entwickeln und fördern, die eine individuelle Inanspruchnahme gemäß den Bedarfen von Familie und Partnerschaft ermöglichen. Die ökonomische Unterstützung von Familien ist stadtseitig nur schwer möglich. Hier gilt es beispielsweise im Rahmen des Städtetages auf eine Änderung der politischen Rahmenbedingungen zu dringen, die ökonomisch Benachteiligte besser absichert und fördert. Langfristig arbeiten wir an einer sozioökonomisch besser durchmischten Stadt, die den Prinzipien der Gemeinwohlökonomie unterliegt. Dies schafft zwei Vorteile: Erstens profitieren Familien in schwierigen Lebenslagen von der helfenden Hand gerade weniger belasteter Menschen. Zweitens reduziert eine nicht mehr auf unbedingtes Wirtschaftswachstum und Effizienzsteigerung ausgelegte städtische Wirtschaft den Erwerbsdruck und schafft Spielräume für Care-Arbeit, deren gesellschaftliche Wertschätzung sie gleichzeitig erhöht.



Nahezu alle Entscheidungen des Rates – KiTa-Bau, Ganztags-Angebote, das Mittel der „sozialgerechten Bodennutzung“ im Wohnungsbau, Bezuschussungen von Beratungsstellen, Vereinen und sozialen Angeboten – haben Menschen in schwierigen Lebenslagen mit im Blick. Gerade bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die FDP an vorderster Stelle aktiv und wird dies auch im kommenden Rat weiter so halten.

CDU

Das „soziale Netz“ in Münster ist über die städtischen Beratungs- und Anlaufstellen, über eine Vielzahl von freien Trägern gut aufgestellt. Ein wichtiger Punkt für die CDU ist die Sicherstellung eines verlässlichen Betreuungsangebot für Kinder in der Kita und der Schule. Deswegen steht der bedarfsgerechte Ausbau von Kitaplätzen und der Offenen Ganztagschulen (OGS) ganz weit oben auf der politischen Agenda für Münster.

Die PARTEI

Wir, Die PARTEI KV Münster verpflichten außerdem die katholische Kirche dazu 60% der eingezogenen Kirchensteuer dazu zu verwenden, um Wunschkinder zu subventionieren. Grade Katholiken sind schließlich dafür bekannt, besonders kleine Kinder zu lieben. Dadurch würde die Kinderarmut in Deutschland erheblich gesenkt werden. Selbstverständlich sind auch gewollte Bastardkinder mitgemeint. Ob Nuvaring, Ring of fire oder Ehering ist uns egal, Hauptsache freiwillig. Homophobie ist übrigens voll schwul.

7. Was wollen Sie unternehmen, damit es ausreichend Plätze in Frauenhäusern gibt und wie wollen Sie diese ausreichend finanzieren? Wie wollen Sie ein ausreichendes Beratungsangebot zu häuslicher Gewalt sicherstellen?

DIE LINKE.

Wir brauchen mindestens ein weiteres Frauenhaus und wollen diese finanziell stärker unterstützen, damit mehr Plätze vorhanden sind, um Frauen und Kinder vor häuslicher Gewalt zu schützen. Frauen, die sich in Notsituationen befinden, die aber aufgrund von Überbelegung keinen Platz im Frauenhaus bekommen, müssen die Möglichkeit haben kurzfristig auf Kosten der Stadt in einem Hotel untergebracht zu werden. Darüber hinaus setzen wir uns für öffentliche Aufklärungskampagnen der Stadt zum Thema häuslicher Gewalt und eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Frauenberatungsstellen ein.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Der Bedarf an Plätzen in den Frauenhäusern, die Frauen* und ihren Kindern Schutz vor häuslicher Gewalt bieten, ist noch immer größer als das bestehende Angebot. Bis 2025 müssen alle Frauen*, die einen Platz im Frauenhaus benötigen, einen solchen bekommen. Dafür machen wir uns in Münster und landesweit stark. Die bestehenden Beratungsangebote wollen wir erhalten und stärken. Geschlechtliche Vielfalt macht zudem erweiterte Konzepte bzw. Kooperationen erforderlich, damit auch von Gewalt betroffene trans* und inter* Personen entsprechende geschützte Räume vorfinden.

SPD

Für uns ist die Umsetzung der Istanbul-Konvention unumgänglich. Deshalb haben wir in unserem Wahlprogramm eine Garantie für den Erhalt aller derzeit bestehenden Frauenhäuser festgeschrieben. Darüber hinaus wollen wir weitere Einrichtungen eröffnen und Programme unterstützen, welche den Übergang von einer der Einrichtungen in eine eigene Wohnung erleichtern. Der Wohnungsmangel in Münster darf nicht die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft am härtesten treffen! Um Investitionen wie diese tätigen zu können, wollen wir das Konzept des Genderbudgeting umfassend umsetzen.

PIRATENPARTEI

Opfer von Gewalt und sexualisierter Gewalt brauchen qualifizierte, niederschwellige Unterstützungsangebote. Bereits vorhandene Angebote sollen gefördert und weiter ausgebaut werden. Die Schaffung von neuen Angeboten soll unterstützt werden. Die PIRATEN setzen sich dafür ein, dass Selbsthilfegruppen aktiv gefördert werden. Ferner unterstützen wir die Einrichtung von barrierefreien Frauenhäusern.

**MÜNSTERLISTE
Bunt und international**

Flächendeckende Information über Beratung und Schutzmöglichkeiten (auch für Männer!) sowie Einstellung von genügend Fachpersonal. Die Frauenhäuser in Münster und Umgebung sind stets überfüllt. Für Frauen mit und ohne Kindern auf der Flucht vor häuslicher Gewalt bieten diese Häuser nur eine kurzfristige Lösung. Münster muss Schutzmöglichkeit für Frauen in Not sichern. Daher fordern wir, den Bau weiterer Frauenhäuser: gerne in kleineren Größen in Selbstverwaltung und Selbstorganisation, selbstverständlich in Begleitung von Fachpersonal. Im Weiteren sollte Münster ein neues Konzept erproben und die Einwohner/Familien Münsters einbeziehen und für das Thema sensibilisieren. Das Konzept ist zu dem Pflegeeltern-Konzept ähnlich: In einem Zeitraum der akuten Schutzbedürftigkeit hilft eine Familie: Anonymität nach außen sichernd und mithilfe vom Fachpersonal den Ausweg in einem neuen Lebensabschnitt begleitet und betreut. Diese Familien bekommen ebenso wie Pflegefamilien ihre Kosten ersetzt und bekommen eine Vergütung. Zusätzlich zu den Frauenhäusern wünschen wir für Schutzsuchenden und in Krisen befindenden Frauen einen kommunalen Finanztopf, woraus bei Bedarf Gelder bezogen werden können. (zum Beispiel: Frau mit Kindern würde gerne gewalttätigen Mann verlassen und ein neues Zuhause wäre nur dann möglich, wenn Miete und Kaution bezahlt werden können. Wenn die Frau auch Anträge auf soziale Leistungen beantragt hat, dauert es lange, Wochen/Monaten, dass alles genehmigt wird (oder ohne der Einverständnis/Kooperation seitens des Mannes gar nicht möglich) und erst danach kann sie im geregelten Umfeld ihr Leben weiterführen). Warum ist es wichtig? Eine rasche, schnelle Hilfe kann weitere ökonomische, psychische etc. Schäden vermeiden.

ödp

Um Gewalt gegen Frauen und Kindern Einhalt zu gebieten, sind verlässlich verfügbare Plätze in Frauenhäusern vonnöten. Da sich die Frauenhäuser nur zum Teil über Landes- und Kommunalmittel finanzieren können, ist es dringend geboten, eine auskömmliche Finanzierung sicherzustellen. Das Tragen der Kosten seitens der hilfsbedürftigen Frauen, ggf. durch Beantragung von Sozialleistungen, ist eine inakzeptable Hürde. Zunächst muss von städtischer Seite ggf. in Zusammenarbeit mit dem Land der Bedarf und die Ausstattungslage der Frauenhäuser regelmäßig eruiert und aktualisiert werden. Daraus ist ein Förderplan abzuleiten. Bei der angespannten Finanzlage der Kommune ist es wünschenswert, wenn ein möglichst großer Teil der Finanzmittel vom Land gestellt wird. Im Zweifelsfall müssen aber Mittel von der Kommune bereitgestellt werden, da fehlende Frauenhausplätze menschlichen und sozialen Schaden anrichten, der nicht wieder gutzumachen ist. Das Beratungsangebot zu häuslicher Gewalt sollte von ausgewiesenen Fachmenschen durchgeführt werden. Das Amt für Gleichstellung muss daher ausreichend ausgestattet und/oder entsprechende Beratungsinitiativen gefördert werden. Da häusliche Gewalt oft in Schulen oder bei der Arbeit an Symptomen sichtbar ist, aber nicht erkannt wird, muss die Präventions- und Schulungsarbeit in Schulen und bei Arbeitgebern gefördert werden.

**Freie Demokraten
FDP**

Nahezu alle Entscheidungen des Rates – KiTa-Bau, Ganztags-Angebote, das Mittel der „sozialgerechten Boddennutzung“ im Wohnungsbau, Bezuschussungen von Beratungsstellen, Vereinen und sozialen Angeboten – haben Menschen in schwierigen Lebenslagen mit im Blick. Gerade bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die FDP an vorderster Stelle aktiv und wird dies auch im kommenden Rat weiter so halten.

CDU

Wir unterstützen die Istanbul-Konvention. Die FDP würde vor diesem Hintergrund die Bildung eines Trägervereins für ein weiteres, dringend notwendiges Frauenhaus in Münster sehr begrüßen. Zuschüsse für den Betrieb sollen dann im Haushalt verankert werden. Die Finanzierung der Frauenhäuser setzt sich zusammen aus Landesmitteln, kommunalen Zuschüssen, Eigenmitteln der Träger sowie einer Einzelfallfinanzierung im Rahmen von Sozialleistungen. Das Beratungsangebot zum Thema häusliche Gewalt wird von mehreren Seiten vorgehalten; bei der Stadt steht dafür das Gleichstellungsbüro bereit.

Die PARTEI

Hat Guantanamo eigentlich festgelegte Öffnungszeiten? Warum solche Tüpen nicht mal zum Urlaub dorthin schicken? So würden wieder ausreichend Wohnungen frei werden. Die PARTEI KV Münster plant außerdem eine Unterstadt in ihrem aktuellen Wahlprogramm. Diese muss ja auch gebaut werden. Wir stellen straffällig gewordene Männer ein und halten diese anschließend im Hundezwinger.